

ISI

Informationsdienst Soziale Indikatoren

Sozialberichterstattung * Gesellschaftliche Trends * Aktuelle Informationen

Nr. 6
Juli 1991

Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft im Osten hoch im Kurs

Eine ZUMA
Publikation

**Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den politischen
Einstellungen „neuer“ und „alter“ Bundesbürger**

Die Auflösung der ehemaligen DDR und ihre Integration in die Bundesrepublik ist zunächst ein Vorgang, der die politischen Institutionen und das politische Handeln betrifft. Die Bevölkerung der neuen Bundesländer erlebt einen Regimewechsel, wie ihn die Bevölkerung der alten Bundesländer 45 Jahre früher erfahren hat. Dieser Regimewechsel beinhaltet eine Änderung in Formen und Inhalten der Politik. Ein totalitäres Ein-Parteien-System wurde durch ein demokratisches System mit Parteienkonkurrenz und vielfältigen politischen Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger ersetzt. Das bisherige staatssozialistische Versorgungssystem wurde (und wird) durch die Übernahme wohlfahrtsstaatlicher Regelungen abgelöst. Gesellschaftliche Subsysteme wie beispielsweise das Wirtschaftssystem, die nach der früheren DDR-Ideologie von der führenden Rolle der Partei und des Staates von politischen Vorgaben durchdrungen waren, erhalten eine weitgehende Autonomie; die Wirtschaftspolitik beschränkt sich auf die Regulierung der Marktaktivitäten. Volkseigene Betriebe werden privatisiert, der staatliche Besitz von Wirtschaftsbetrieben wird in Zukunft die Ausnahme darstellen.

Inhalt

Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft im Osten hoch im Kurs 1

Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie gegenwärtig weit verbreitet 6

Deutschland nach der Wiedervereinigung: Zwei Gesellschaften, eine Nation 10

Abnehmende Ungleichheit bei zunehmender Zentralisierung 14

Im vorliegenden Beitrag wird der Frage nachgegangen, wie die Bevölkerung die neuen politischen Strukturen bewertet. Betrachtet werden die Einstellungen der neuen Bundesbürger zur Demokratie, zu verschiedenen Formen politischer Beteiligung sowie zum System der sozialen Sicherung und zur Rolle des Staates in der Wirtschaft. Zum Vergleich werden entsprechende Ergebnisse für die Bevölkerung der alten Bundesrepublik herangezogen.

Empirische Grundlage des Beitrags ist eine in den neuen Bundesländern (einschl. Ost-Berlin) unmittelbar nach der letzten Bundestagswahl im Dezember 1990 durchgeführte Repräsentativumfrage. Die Befragung wurde vom Bundesministerium für Forschung und Technologie finanziert und im Auftrag des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen durch die Empi-

risch-Methodische Arbeitsgruppe am Institut für Soziologie und Sozialpolitik (Ost-Berlin) durchgeführt. In der Umfrage wurde ein breites Spektrum politischer Einstellungen erfaßt, das für die alte Bundesrepublik zwischen März und Mai 1990 in der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) beziehungsweise im zusammen damit durchgeführten International Social Survey Programme (ISSP) sowie teilweise im ALLBUS 1988 erhoben wurde.

Große Übereinstimmung in den demokratischen Einstellungen neuer und alter Bundesbürger

Die Stabilität eines politischen Systems ist davon abhängig, inwieweit es durch die Bürger politisch unterstützt wird. Studien in westlichen Demokratien haben gezeigt,

Tabelle 1: Einstellung zur Demokratie

	Anteil zustimmender Antworten	
	West %	Ost %
- Jeder sollte das Recht haben, für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist	93.9	98.1
- Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar	93.7	96.1
- Jede demokratische Partei sollte grundsätzlich die Chance haben, an die Regierung zu kommen	91.5	91.3
- Jeder Bürger hat das Recht, notfalls für seine Überzeugung auf die Straße zu gehen	91.4	92.9
- Die Interessen des ganzen Volkes sollten immer über den Sonderinteressen des einzelnen stehen	89.2	92.3
- Wenn eine Entscheidung des Parlamentes gegen die Menschenrechte verstößt, hat jeder Bürger die Pflicht, mit allen Mitteln dagegen vorzugehen	87.5	91.7
- Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn er damit die öffentliche Ordnung gefährdet	69.4	67.8
- Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen	54.0	59.3
- Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft und ihre Forderungen an die Regierung schaden dem Allgemeinwohl	51.9	48.4
- In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen	13.7	11.8

Datenbasis: ALLBUS 1988, Zusatzstudie Ost 1990

daß beim Erwerb von politischen Wertvorstellungen und Identifikationen häufig die Erfahrungen in der Jugend eine prägende Kraft aufweisen. Die Mehrzahl der Bürger der ehemaligen DDR hat ihre politische Sozialisation in einem totalitären System erfahren. Trotz der nur kurzen Erfahrung mit einem demokratischen System unterscheiden sich die neuen Bundesbürger in den Einstellungen zur Demokratie kaum von den alten Bundesbürgern (vgl. Tabelle 1). So befürworten im Westen wie im Osten mehr als neunzig Prozent der Befragten solche formalen Aspekte demokratischer Systeme wie das Recht auf Meinungsfreiheit, die Notwendigkeit einer politischen Opposition und die Chance auf Regierungsbeteiligung für jede demokratische Partei. Auch das Demonstrationsrecht findet bei neun von zehn Befragten Zustimmung - allerdings mit einer Einschränkung: Wird die öffentliche Ordnung gefährdet,

sind knapp siebzig Prozent der Bürger in Ost und West der Ansicht, daß dann kein Recht auf Demonstrationen und Streiks mehr besteht.

Geringere Zustimmung finden zwei weitere Aussagen, in denen die Konfliktdimension eines demokratischen Systems angesprochen wird: 54 Prozent der Befragten im Westen und 59 Prozent im Osten sind der Meinung, daß die Rolle der politischen Opposition nicht in der Kritik- und Kontrollfunktion gegenüber der Regierung besteht, sondern primär in der Unterstützung der Regierungsarbeit. Jeder zweite Befragte ist der Ansicht, daß die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen dem Allgemeinwohl schaden. Großer Konsens in Ost und West besteht dagegen wiederum in der Ablehnung von Gewalt als Mittel der Konfliktaustragung: Nur ungefähr zehn Prozent der alten

und der neuen Bundesbürger meinen, daß es in jeder demokratischen Gesellschaft Konflikte gäbe, die mit Gewalt ausgetragen werden müßten.

Insgesamt ergibt sich damit das Bild einer großen Akzeptanz demokratischer Regeln in Ost und West, wobei die Vorstellungen stark von einem Harmoniemodell geprägt sind, das die positive Funktion von Konflikten als relativ gering einschätzt. Erwähnt werden muß jedoch, daß die demokratischen Wertvorstellungen im Osten noch wenig gefestigt sind. So neigte die Bevölkerung der ehemaligen DDR bei einer im März 1990 im Auftrag der Forschungsstelle für gesellschaftliche Entwicklungen (Mannheim) durchgeführten Befragung stärker zu einer auch Konflikte nicht ausschließenden Auffassung von Demokratie. Zum damaligen Zeitpunkt waren beispielsweise nur 26 Prozent der Befragten (gegenüber 48 Prozent im Dezember 1990) der Ansicht, daß die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen dem Allgemeinwohl schaden. Daß bei einer Gefährdung der öffentlichen Ordnung kein Recht auf Demonstrationen mehr bestehen sollte, meinten nur noch 50 und nicht mehr 68 Prozent der neuen Bundesbürger. Diese positivere Haltung gegenüber Konflikten im März 1990 hängt vermutlich mit der größeren zeitlichen Nähe zu den sozialen Umwälzungen im Herbst 1989 zusammen. Für die Abschwächung dieser Auffassung bis zum Dezember 1990 dürfte außerdem eine Rolle gespielt haben, daß in der Zwischenzeit die anstehenden großen wirtschaftlichen und sozialen Probleme deutlicher zutage traten und den neuen Bundesbürgern ein Konsensmodell der Demokratie eher als ein Konfliktmodell zur Behebung dieser Krisensituation in der Lage erscheint.

Nur geringe Unterschiede in der Bewertung verschiedener Formen politischer Partizipation

Ein zentraler Bestandteil der politischen Freiheit in westlichen Demokratien stellt das Recht auf politischen Protest dar. Wie Tabelle 2 zeigt, dominieren auch in der Bewertung dieser gemeinhin als „unkonventionell“ bezeichneten Formen der politischen Beteiligung die Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West. Jeweils ungefähr achtzig Prozent der alten und neuen Bundesbürger sind der Meinung, daß das Orga-

Tabelle 2: Bewertung verschiedener Formen politischen Protestes

	Erlaubte Möglichkeiten politischen Protestes sollten sein ...	
	West %	Ost %
- Öffentliche Versammlungen zu organisieren, um gegen die Regierung zu protestieren	84.3	87.6
- Protestmärsche und Demonstrationen organisieren	79.8	84.2
- Flugblätter gegen die Regierung veröffentlichen	74.0	62.4
- Einen bundesweiten Streik aller Arbeitnehmer gegen die Regierung organisieren	43.6	58.9
- Eine Behörde besetzen und deren Arbeit für mehrere Tage lahmlegen	16.7	10.5
- Öffentliche Gebäude schwer beschädigen	3.1	1.0

Frage: »Es gibt viele Möglichkeiten, mit denen einzelne oder Vereinigungen gegen eine Regierungsmaßnahme protestieren können, wenn sie diese Maßnahme entschieden ablehnen.

Geben Sie bitte an, inwieweit Ihrer Meinung nach die unten aufgeführten Protestaktionen erlaubt sein sollten.«

Datenbasis: ALLBUS-ISSP 1990, Zusatzstudie Ost 1990

nisieren von Versammlungen und Demonstrationen erlaubte Aktionsformen darstellen sollten, um gegen eine Regierungsmaßnahme zu protestieren. Im Westen (74 Prozent) befürworten mehr Befragte als im Osten (62 Prozent) das Recht auf die Veröffentlichung von Flugblättern gegen die Regierung. Umgekehrt findet das Organisieren eines bundesweiten Streiks aller Arbeitnehmer gegen die Regierung mit 44 Prozent keine mehrheitliche Zustimmung, während im Osten 59 Prozent der Ansicht sind, daß diese Protestaktion erlaubt sein sollte. Illegale Formen des Protests wie die Besetzung einer Behörde werden nur von einer Minderheit in West (17 Prozent) und Ost (11 Prozent) befürwortet. Noch weniger Befragte (im Westen drei Prozent, im Osten ein Prozent) sind der Auffassung, daß Aktionen, die die Ausübung von Gewalt beinhalten, wie beispielsweise die Beschädigung öffentlicher Gebäude, erlaubt sein sollten. Obwohl die SED durch unkonventionelle Formen politischer Partizipation zur Aufgabe ihres Herrschaftsanspruchs gezwungen wurde, lassen sich in den vorliegenden Ergebnissen damit keine Anzeichen dafür entdecken, daß die Einstellungen in diesem Bereich eine Besonderheit der politischen Kultur in den neuen Bundesländern darstellen.

Mehr Ähnlichkeiten als Unterschiede ergeben sich auch in Bezug auf die Frage, welche Formen der Beteiligung die Befragten persönlich in Betracht ziehen würden, wenn

sie politisch in einer Sache Einfluß nehmen wollten (vgl. Tabelle 3). In Ost und West stehen zwei Verhaltensweisen an der Spitze, die die Rolle als Staatsbürger betreffen:

Tabelle 3: Bereitschaft zu politischer Beteiligung

	Als Mittel zur politischen Einflußnahme würden nutzen ...	
	West %	Ost %
- Sich an Wahlen beteiligen	87.3	74.4
- Seine Meinung sagen, im Bekanntenkreis und am Arbeitsplatz	81.3	83.7
- Sich in Versammlungen an öffentlichen Diskussionen beteiligen	44.8	48.8
- Mitarbeit in einer Bürgerinitiative	40.7	29.7
- In einer Partei aktiv mitarbeiten	18.3	11.3
- Als Helfer einen Kandidaten bei der Wahl unterstützen	14.8	14.5
- Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration	8.1	10.2
- Hausbesetzung, Besetzung von Fabriken, Ämtern	3.1	2.0
- Bei einer Demonstration mal richtig Krach schlagen, auch wenn dabei einiges zu Bruch geht	1.4	2.2
- Für eine Sache kämpfen, auch wenn dazu Gewalt gegen Personen notwendig ist	1.5	2.9
- Politische Gegner einschüchtern	2.9	1.2

Frage: »Wenn Sie politisch in einer Sache, die Ihnen wichtig ist, Einfluß nehmen, Ihren Standpunkt zur Geltung bringen wollten: Welche der Möglichkeiten auf diesen Karten würden Sie dann nutzen, was davon käme für Sie in Frage?«

Datenbasis: ALLBUS 1988, Zusatzstudie Ost 1990

die Beteiligung an Wahlen und die politische Meinungsäußerung im Bekanntenkreis und am Arbeitsplatz. Daß die Teilnahme an Wahlen dabei von den neuen Bundesbürgern (74 Prozent) weniger oft genannt wird als von den alten Bundesbürgern (87 Prozent), mag mit dem Mißbrauch dieses zentralen demokratischen Aktes in der ehemaligen DDR zusammenhängen. Diese Unterschiede in der Verhaltensbereitschaft schlagen sich im faktischen Verhalten allerdings nur bedingt nieder: Bei der Bundestagswahl 1990 lag die Wahlbeteiligung im Osten mit 75 Prozent nur geringfügig unter der im Westen mit 79 Prozent.

Beteiligungsformen, die stärker auf die Lösung einzelner spezifischer Probleme („issues“) ausgerichtet sind, ziehen in West und Ost weniger als die Hälfte aller Bürger in Betracht: Im Westen kommt die Beteiligung an öffentlichen Diskussionen für 45 Prozent in Frage, im Osten für 49 Prozent. Die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative können sich 41 Prozent (West) beziehungsweise 30 Prozent (Ost) der Befragten vorstellen. Für letzteren Unterschied spielt sicherlich eine Rolle, daß den neuen Bundesbürgern diese Form der politischen Partizipation

pation noch wenig vertraut ist, während in der alten Bundesrepublik Bürgerinitiativen seit den siebziger Jahren einen festen Bestandteil der politischen Kultur darstellen.

Wesentlich niedriger ist das Potential für parteiorientierte Formen politischer Beteiligung: Für jeweils rund 15 Prozent der Befragten in Ost und West kommt die Unterstützung eines Kandidaten bei der Wahl in Betracht. Die aktive Mitarbeit in einer Partei würden 18 Prozent der alten aber nur 11 Prozent der neuen Bundesbürger in Erwägung ziehen. Diese geringere Neigung zum Engagement in einer Partei mag darauf zurückzuführen sein, daß Parteiarbeit aufgrund der Erfahrungen mit der beherrschenden Rolle der SED während des DDR-Regimes diskreditiert ist und dem neu etablierten Parteiensystem (noch) nicht das volle Vertrauen entgegengebracht wird.

Die verbleibenden - allesamt illegalen - Aktionsformen finden nur bei einer kleinen Minderheit Unterstützung. Trotz des Erfolges der Montagsdemonstrationen würde nur jeder zehnte Befragte in West und Ost an einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen. Noch niedriger sind die Anteilswerte (höchstens drei Prozent), wenn die illegalen Protestformen die Anwendung von Gewalt gegen Personen oder Sachen beinhalten.

Höhere Ansprüche an den Wohlfahrtsstaat in den neuen Bundesländern

Dominieren in der Bewertung demokratischer Spielregeln und verschiedener Formen politischer Beteiligung die Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West, so ergibt sich ein anderes Bild, wenn man die Einstellungen zu den Funktionen von Staat und Regierung im Bereich der sozialen Sicherung und in der Wirtschaftspolitik betrachtet. Die Einrichtung wohlfahrtsstaatlicher Institutionen stellt in praktisch allen marktwirtschaftlich organisierten Industriegesellschaften eine zentrale Aufgabe des Staates dar. Diese Institutionen sollen den Bürgern beispielsweise bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder im Alter Sicherheit und einen grundlegenden Lebensstandard garantieren. Für die ehemalige DDR ist die Abschaffung des bisherigen staatssozialistischen Versorgungssystems und die Übernahme der westdeutschen Regelungen in einzelnen Bereichen - beispielsweise was die Förderung der Vereinbarkeit von

Tabelle 4: Wohlfahrtsstaatliche Ansprüche

	Der Staat sollte verantwortlich sein ...	
	West %	Ost %
- Gesundheitliche Versorgung für Kranke sicherzustellen	94.7	98.5
- Den alten Menschen einen angemessenen Lebensstandard zu sichern	93.9	98.7
- Den Studenten aus einkommensschwachen Familien finanzielle Unterstützung zu gewähren	83.4	94.1
- Denjenigen, die es sich finanziell nicht leisten können, eine angemessene Wohnung zur Verfügung zu stellen	77.0	91.1
- Den Arbeitslosen einen angemessenen Lebensstandard zu sichern	75.7	92.2
- Einen Arbeitsplatz für jeden bereitzustellen, der arbeiten will	72.2	93.6
- Die Preise unter Kontrolle zu halten	68.1	89.5
- Die Einkommensunterschiede zwischen Arm und Reich abzubauen	60.4	81.5
- Der Industrie Hilfen zu gewähren, um ihr Wachstum zu sichern	49.8	77.0

Frage: »Bitte geben Sie nun an, inwieweit die folgenden Dinge in der Verantwortlichkeit des Staates liegen sollten.«

Datenbasis: ALLBUS-ISSP 1990, Zusatzstudie Ost 1990

Erwerbstätigkeit und Mutterschaft betrifft - mit einem Abbau von Leistungen und Schutzbestimmungen verbunden.

Tabelle 4 zeigt, daß in den alten wie den neuen Bundesländern fast alle Befragten (94 Prozent und mehr) der Ansicht sind, daß der Staat dafür verantwortlich sein sollte, die gesundheitliche Versorgung für Kranke sicherzustellen und den alten Menschen einen angemessenen Lebensstandard zu sichern. Diese beiden Leistungen betreffen universelle Risiken, von denen prinzipiell jeder betroffen sein kann.

Geringere Zustimmung finden im Westen dagegen Leistungen, die tendenziell auf spezifische Gruppen zugeschnitten sind. Beispielsweise meinen 83 Prozent der alten Bundesbürger, daß der Staat Studenten aus einkommensschwachen Familien unterstützen sollte; 72 Prozent sind der Ansicht, daß der Staat dafür verantwortlich sein sollte, einen Arbeitsplatz für jeden, der arbeiten will, bereitzustellen. Von den neuen Bundesbürgern sind in beiden Fällen dagegen mehr als neunzig Prozent der Auffassung, daß diese Aufgaben vom Staat wahrgenommen werden sollten. Auch was die staatliche Kontrolle der Preise, die Nivel-

lierung der Einkommensunterschiede zwischen Armen und Reichen oder die Gewährung von Hilfen für die Industrie betrifft, sind die Erwartungen an staatliche Maßnahmen im Osten größer als im Westen.

Neue Bundesbürger wünschen aktivere Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik

In die gleiche Richtung weisen die Ergebnisse bezüglich der Bewertung verschiedener wirtschaftspolitischer Maßnahmen (vgl. Tabelle 5). Gravierende Einstellungsunterschiede bestehen hier insbesondere in der Frage einer gesetzlichen Kontrolle der Preise einerseits sowie der Löhne und Gehälter andererseits. Während im Osten 88 beziehungsweise 79 Prozent der Befragten diese Maßnahmen befürworten, stimmen im Westen lediglich rund die Hälfte beziehungsweise nur ein knappes Drittel diesen Vorschlägen zu. Größere Erwartungen bestehen in den neuen Bundesländern darüber hinaus bezüglich verschiedener Maßnahmen, die der Erhaltung beziehungsweise Schaffung neuer Arbeitsplätze dienen sollen. So befürworten im Osten 92 Prozent

Tabelle 5: Befürwortung wirtschaftspolitischer Maßnahmen

	West %	Ost %
- Gesetzliche Kontrolle der Löhne und Gehälter	31.3	78.7
- Gesetzliche Kontrolle der Preise	51.0	87.8
- Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, um neue Arbeitsplätze zu schaffen	53.1	82.0
- Finanzierung von Beschäftigungsprogrammen	73.3	92.1
- Unterstützung der Industrie bei der Entwicklung von neuen Produkten und Technologien	69.8	84.7
- Unterstützung von niedergehenden Industriezweigen, um Arbeitsplätze zu sichern	62.1	74.7
- Schutz der Industrie gegenüber Einfuhr von Erzeugnissen aus dem Ausland	48.7	58.1
- Weniger gesetzliche Vorschriften für Handel und Industrie	37.2	46.2
- Kürzungen der Staatsausgaben	76.0	71.3

Frage: »Hier ist eine Reihe von Möglichkeiten, was die Regierung für die wirtschaftliche Lage tun kann. Geben Sie bitte jeweils an, inwieweit Sie die folgenden Maßnahmen befürworten oder ablehnen.«

Datenbasis: ALLBUS-ISSP 1990, Zusatzstudie Ost 1990

der Befragten gegenüber 73 Prozent im Westen die Finanzierung von Beschäftigungsprogrammen, 82 Prozent (West: 53 Prozent) sind für die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit und 75 Prozent (West: 62 Prozent) für die Unterstützung niedergehender Industriezweige, um Arbeitsplätze zu sichern. Auch die Unterstützung der Industrie bei der Entwicklung neuer Produkte und Technologien findet im Osten mit 85 Prozent größere Zustimmung als im Westen mit 70 Prozent.

Vergleichsweise geringe Unterschiede bestehen lediglich im Hinblick auf den Schutz der Industrie vor der Konkurrenz aus dem

Ausland, den Abbau gesetzlicher Vorschriften für Handel und Industrie sowie die Kürzung der Staatsausgaben. Daß letzteres nicht nur im Westen, sondern auch im Osten von ungefähr drei Viertel der Befragten befürwortet wird, muß etwas verwundern, besteht doch mit der Kürzung von Staatsausgaben auch die Gefahr, daß die staatlichen Aktivitäten zur Angleichung der Lebensbedingungen in Ost und West verringert werden müssen. Vermutlich besteht hier bei den Bürgern im Osten (und auch bei denen im Westen) eine gewisse Unklarheit über die möglichen Folgen, die mit einzelnen Maßnahmen verbunden sein können.

Auch was den wünschenswerten Einfluß des Staates in verschiedenen Wirtschaftszweigen betrifft, gibt es charakteristische Differenzen zwischen Ost und West (vgl. Tabelle 6). Zwar ist auch im Osten nur eine Minderheit der Meinung, daß die Stahlindustrie (Ost: 10 Prozent; West: 5 Prozent), Banken und Versicherungen (Ost: 17 Prozent; West: 6 Prozent) und die Stromversorgung (Ost: 27 Prozent; West: 15 Prozent) in staatlicher Hand sein sollten, aber die Forderung nach einer staatlichen Kontrolle der Preise und Gewinne dieser Wirtschaftszweige (ohne staatlichen Besitz an den Betrieben) wird jeweils von knapp 60 Prozent der Befragten befürwortet, während im Westen lediglich zwischen 38 und 50 Prozent dafür plädieren.

Die höheren Erwartungen der neuen Bundesbürger gegenüber dem Staat, die in diesen Ergebnissen zum Ausdruck kommen, sind sicherlich zum überwiegenden Teil als „normale“ Reaktion auf die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Umgestaltung der ehemaligen DDR-Gesellschaft und weniger als Ausdruck einer Unterstützung der alten staatssozialistischen Ideologie zu werten. Zu vermuten ist, daß mit einer zunehmenden Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West auch die Unterschiede bezüglich der wohlstandsstaatlichen Ansprüche und der gewünschten Rolle des Staates in der Wirtschaft abnehmen.

Achim Koch
(Tel.: 0621/18004-47)

Tabelle 6: Gewünschter Staatseinfluß in verschiedenen Wirtschaftsbereichen

	Der Staat sollte ...							
	die Betriebe selbst besitzen		Preise und Gewinne kontrollieren, aber keinen Besitz an den Betrieben haben		weder die Betriebe besitzen, noch Preise und Gewinne kontrollieren		kann ich nicht sagen	
	West %	Ost %	West %	Ost %	West %	Ost %	West %	Ost %
Stahlindustrie	5.4	10.4	38.0	56.7	41.7	16.2	14.9	16.8
Banken und Versicherungen	6.2	16.8	44.0	57.4	35.6	11.8	14.1	14.0
Stromversorgung	14.5	27.2	50.2	59.1	23.7	3.9	11.5	9.8

Datenbasis: ALLBUS-ISSP 1990, Zusatzstudie Ost 1990

Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie gegenwärtig weit verbreitet

Eine Zusammenstellung von Indikatoren der politischen Partizipation

Die politische Partizipation von Individuen ist eine eher indirekte Form der Einflußnahme auf ihre persönlichen Lebensverhältnisse. Die verschiedenen Möglichkeiten der Beteiligung am politischen System reichen von der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts über die Mitgliedschaft in politischen Parteien und Organisationen bis hin zu unkonventionellen Formen der Teilnahme. Neben diesen objektiven Dimensionen verschiedener politischer Aktivitäten umfaßt ein weit gefaßtes Konzept der politischen Partizipation auch die subjektiven Dimensionen des politischen Interesses sowie des Vertrauens in das politische System.

Hoher Grad der allgemeinen Unterstützung des politischen Systems

Die Beteiligung der Bevölkerung an den verschiedenen Parlamentswahlen ist in einer repräsentativen Demokratie eine der wichtigsten Dimensionen der politischen Partizipation. Die Höhe der Wahlbeteiligung gibt unter anderem Aufschluß über den Grad der allgemeinen Unterstützung des politischen Systems. Niedrige Wahl-

beteiligungen werden oft als ein generelles Krisensymptom gewertet. Die Beteiligung bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag belegt zunächst einen sehr hohen Grad der allgemeinen Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Graphik 1). Bis Mitte der achtziger Jahre lag die Wahlbeteiligung immer deutlich über 85 Prozent. Ihren Höhepunkt erreichte sie in den siebziger Jahren mit knapp über neunzig Prozent. Bei den letzten bei-

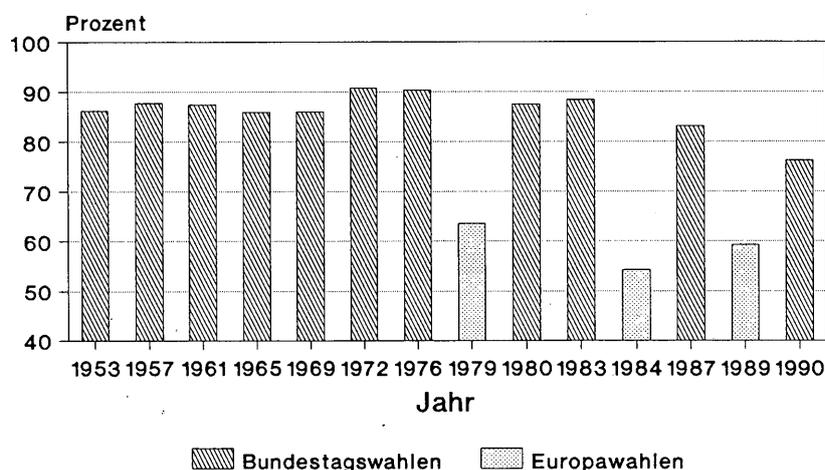
den Wahlen zum Deutschen Bundestag in den Jahren 1987 und 1990 ist die Beteiligung dann beträchtlich zurückgegangen. Die mit nur 76 Prozent sehr niedrige Beteiligung bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Jahr 1990 ist allerdings zum Teil sicher auch die Folge einer gewissen „Wahlmüdigkeit“ der Bevölkerung in den fünf neuen Bundesländern, die innerhalb eines Jahres dreimal zu den Wahlen gerufen wurde.

Ganz anders sieht es dagegen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament aus. Hier schwankt die Beteiligung seit den ersten Wahlen im Jahr 1979 auf relativ niedrigem Niveau zwischen 54 und 64 Prozent. In erster Linie dürfte die erheblich geringere Wahlbeteiligung auf den vergleichsweise geringen Grad unmittelbarer Betroffenheit der Bevölkerung sowie die weitgehend fehlende Überschaubarkeit der verhandelten Politikinhalt zurückzuführen sein.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament werden in fünfjährigen Abständen durchgeführt. Von zwei Ausnahmen abgesehen, fanden die Wahlen zum Deutschen Bundestag seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland alle vier Jahre statt. Wahlen zu den verschiedenen Länderparlamenten werden in den einzelnen Bundesländern zu unterschiedlichen Zeitpunkten gewöhnlich in vierjährigen oder fünfjährigen Abständen durchgeführt. Deshalb kann auf der Grundlage der Landtagswahlen eine jährliche Zeitreihe der Wahlbeteiligung konstruiert werden, die eine kontinuierliche Darstellung der Entwicklung der allgemeinen Unterstützung des politischen Systems im Zeitverlauf erlaubt (vgl. Graphik 2). Die einzelnen Werte der Zeitreihe schwanken zwischen 70 und 83 Prozent. Die Zeitreihe selbst weist keinen einheitlichen Trend über den gesamten Beobachtungszeitraum auf. Die höchsten Wahlbeteiligungen zeigen sich wieder in der Mitte der siebziger Jahre als Folge der Ende der sechziger Jahre einsetzenden verstärkten Politisierung der Gesellschaft.

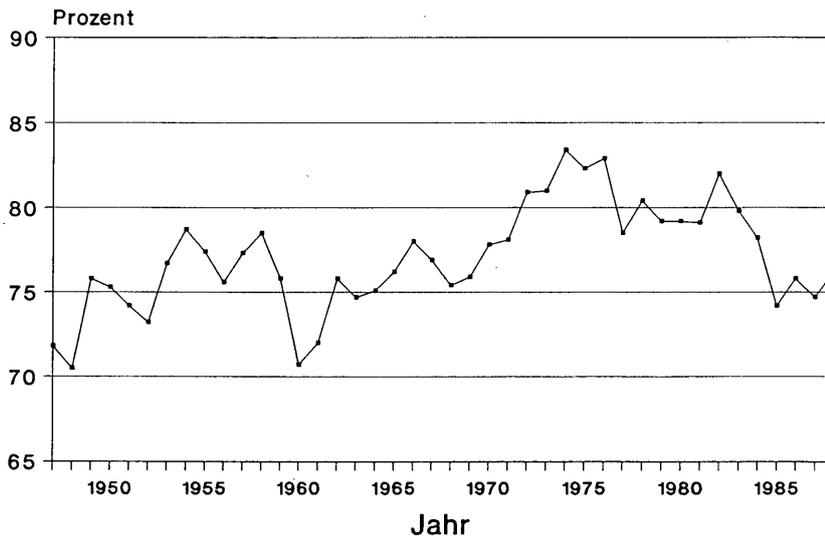
In der Bundestagswahlstatistik wird die Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Alter differenziert ausgewiesen. Dabei zeigen sich sowohl geschlechts- als auch altersspezifische Unterschiede. Bei allen Wahlen zum Deutschen Bundestag seit 1953 liegt die Wahlbeteiligung von Männern über der von Frauen (vgl. Tabelle 1). Tendenziell hat sich dieser Unterschied zu Beginn der siebziger Jahre durch die stärkere politische

Graphik 1
Beteiligung bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament



Datenbasis: Repräsentative Wahlstatistik

Graphik 2 Beteiligung bei den Landtagswahlen



Datenbasis: Wahlergebnisse

Mobilisierung der Frauen von ungefähr drei Prozentpunkten auf ein bis zwei Prozentpunkte verringert. Betrachtet man die Wahlbeteiligung nach dem Alter (vgl. Tabelle 2), dann fällt die durchgängig deutlich geringere Beteiligung der jüngeren Altersgruppen auf. Beispielsweise lag bei der Bundestagswahl im Jahr 1987 die Wahlbeteiligung der Erstwähler mit knapp 77 Prozent um mehr als zwölf Prozentpunkte unter der Wahlbeteiligung der Altersgruppe der 50- bis 60jährigen.

Politische Mobilisierung in den siebziger Jahren

Die Mitgliedschaft in einer politischen Partei ist im Vergleich zur Wahlbeteiligung in den meisten Fällen mit einem höheren politischen Engagement verbunden. Unabhängig davon, daß bei der individuellen Entscheidung zum Beitritt auch das Bedürfnis nach sozialen Kontakten oder die Verbesserung beruflicher Karrierechancen eine Rolle spielen können, bedeutet der Beitritt in den meisten Fällen einen Schritt der persönlichen Identifizierung mit den politischen Zielen der betreffenden Partei. Oft ist damit auch die Absicht verbunden,

durch Mitarbeit in den Gremien der Partei die Realisierung dieser Ziele aktiv zu unterstützen. Die politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland sind damit neben der Aggregation und Artikulation politischer Interessen zugleich auch ein wichtiges Instrument der Integration von Individuen in das politische System.

Der Anteil der Parteimitglieder an der erwachsenen Bevölkerung schwankt seit 1952, dem ersten Jahr für das Befragungsergebnisse vorliegen, um sechs Prozent (vgl. Graphik 3). Tendenziell niedriger lagen die entsprechenden Anteilswerte in der Mitte der sechziger, etwas höher dagegen in den siebziger Jahren. Die bisher veröffentlichte Zeitreihe des Instituts für Demoskopie, Allensbach über den Anteil der Parteimitglieder in der erwachsenen Bevölkerung bricht mit dem Jahr 1980 ab. Für die achtziger Jahre liegen jedoch die entsprechenden Daten aus den Wohlfahrtssurveys des Sonderforschungsbereichs 3 der Universitäten Frankfurt und Mannheim sowie den Allgemeinen Bevölkerungsumfragen der Sozialwissenschaften (ALLBUS) vor.

Ein Vergleich der Ergebnisse für das Jahr 1980 zeigt deutliche Unterschiede zwischen den Daten des Instituts für Demoskopie, Allensbach einerseits sowie den Wohlfahrtssurveys und ALLBUS-Erhebungen andererseits (vgl. Tabelle 3). Der im Wohlfahrtssurvey 1980 ausgewiesene Anteil der Parteimitglieder liegt mit fünf Prozent fast um die Hälfte, der im ALLBUS 1980 ausgewiesene Anteil von vier Prozent sogar um mehr als die Hälfte niedriger als der vom Institut für Demoskopie, Allensbach berechnete Wert. Dafür sind vorwiegend methodische Gründe wie Unterschiede in der Frageformulierung, der Abgrenzung der Grundgesamtheit sowie der Stichprobenziehung verantwortlich. Unabhängig von den erheblichen methodischen Problemen, empirische Ergebnisse aus verschiedenen

Tabelle 1: Beteiligung bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag nach dem Geschlecht

Jahr	Insgesamt %	Männer %	Frauen %
1953	86,3	88,0	84,9
1957	87,8	89,6	86,2
1961	87,4	88,9	86,2
1965	85,9	87,5	84,6
1969	86,1	87,5	84,9
1972	90,8	91,4	90,2
1976	90,4	90,8	90,0
1980	87,6	88,2	87,1
1983	88,4	89,1	87,8
1987	83,1	84,2	82,1
1990	76,3	77,0	75,7

Datenbasis: Repräsentative Bundestagswahlstatistik

Tabelle 2: Beteiligung bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag nach dem Alter

Jahr	18-21	21-25	25-30	30-35	35-40	40-45	45-50	50-60	60 u.m.
	Jahre								
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
1965	—	76,8	81,7	86,2	88,2	89,0	88,8	89,4	84,9
1969	—	76,6	81,4	86,1	87,8	89,4	89,6	89,6	84,9
1972	84,6	84,4	88,2	90,8	92,3	93,1	93,9	94,1	90,2
1976	84,1	82,9	86,5	89,2	91,5	92,7	93,6	93,8	91,1
1980	80,4	78,9	82,2	86,2	88,6	90,3	91,2	92,3	88,8
1983	84,3	81,5	83,8	87,0	89,3	91,1	92,2	92,7	88,3
1987	76,8	73,1	75,9	80,3	83,8	86,0	87,9	89,4	84,5

Datenbasis: Repräsentative Bundestagswahlstatistik

Umfragen zu einer konsistenten Zeitreihe zu verknüpfen, weisen alle drei Erhebungen auf eine deutliche Unterrepräsentanz von Frauen bei der Mitgliedschaft in politischen Parteien hin.

Neben der tatsächlichen Mitgliedschaft in einer politischen Partei als manifeste Partizipation, wird durch die bekundete Bereitschaft einer Partei beizutreten, eine Form der politischen Partizipation gemessen, die man als latente Partizipation bezeichnen kann. Sowohl hinsichtlich der Nähe zu einer bestimmten politischen Partei als auch

des allgemeinen politischen Interesses geht sie deutlich über die bloße Stimmabgabe bei den verschiedenen Parlamentswahlen hinaus. Die Anteile der potentiellen Parteimitglieder liegen mit einer Ausnahme im Jahr 1952 jeweils über den Anteilen der tatsächlichen Mitglieder. Sie weisen darüber hinaus mit Werten zwischen sechs und sechzehn Prozent im Zeitverlauf die stärkeren Schwankungen auf. Wie bei dem Anteil der tatsächlichen Parteimitglieder zeichnen sich auch bei dem Anteil der potentiellen Parteimitglieder die Jahre 1962 und 1963 durch auffallend niedrige, die siebziger

ger Jahre dagegen durch überdurchschnittlich hohe Werte aus.

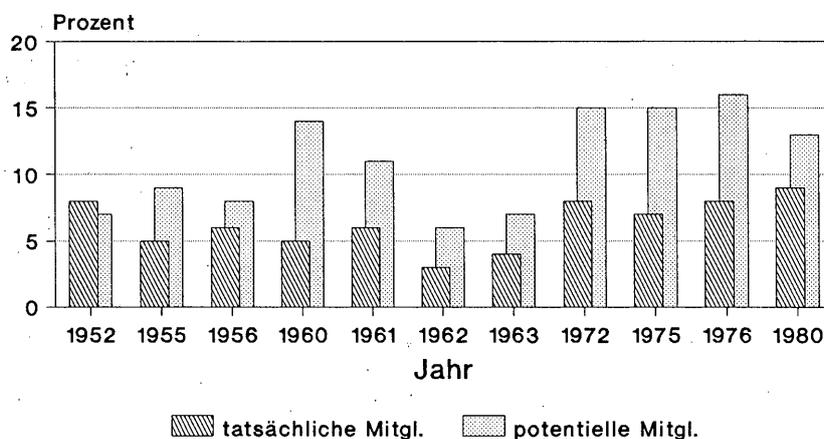
Bürgerinitiativen sind in Deutschland eine relativ neue Form der politischen Partizipation außerhalb der traditionellen Strukturen. In der überwiegenden Mehrzahl bestehen sie jeweils nur über einen begrenzten Zeitraum zur Durchsetzung eines spezifischen Anliegens, das hauptsächlich den Bereichen Bildung und Kultur, Stadtentwicklung und Verkehrsplanung sowie insbesondere Umwelt und Umweltschutz zugerechnet werden kann. Zumindest teilweise erklärt dies den mit zwei Prozent der erwachsenen Bevölkerung über die achtziger Jahre hinweg ausgesprochen niedrigen aktuellen Mitgliederanteil. Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik Deutschland sind in ihrer Form und vor allem ihrer Vielfalt in erster Linie ein Ergebnis der studentischen Demokratisierungsbewegung und des Wirkens der außerparlamentarischen Opposition. Zumindest hinsichtlich der Entwicklung ihrer Mitgliederzahlen wurde die politische Bedeutung von Bürgerinitiativen lange Zeit überschätzt.

Politisches Interesse in den siebziger Jahren gestiegen

Das allgemeine politische Interesse ist kein direkter Indikator der politischen Partizipation. Es beschreibt vielmehr die grundlegende Disposition, sich mit politischen Fragestellungen und Problemen zu befassen. Gleichwohl werden durch das politische Interesse bedeutsame Aspekte der politischen Partizipation gemessen. Zum einen ist die Stärkung des politischen Interesses bzw. des politischen Bewußtseins der Bevölkerung ein explizites Ziel der politischen Akteure und Entscheidungsträger. Und zum anderen stellt das politische Interesse von Individuen eine wichtige Voraussetzung ihrer sachkundigen politischen Teilnahme dar.

Der Anteil der erwachsenen Bevölkerung, der sich nach eigenem Bekunden für Politik interessiert, lag in den fünfziger Jahren noch unter dreißig Prozent (vgl. Graphik 4). Im Verlauf der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre stieg er dann kontinuierlich auf fast fünfzig Prozent an. Mit Ausnahme eines kleineren Rückgangs in der Mitte der siebziger Jahre verharrt der Anteil politisch Interessierter seitdem auf diesem Niveau.

**Graphik 3
Tatsächliche und potentielle Mitglieder in politischen Parteien**



Datenbasis: Institut für Demoskopie, Allensbach

Tabelle 3: Mitglieder in politischen Parteien nach dem Geschlecht

Jahr	Insgesamt %	Männer %	Frauen %
1952	8	14	4
1962	3	6	1
1980	9	13	5
1980	5	8	2
1984	5	8	3
1988	5	8	2
1980	4	7	2
1982	4	6	2
1984	4	7	2
1986	3	5	2
1988	3	4	2
1990	4	6	3

Datenbasis: 1952-1980: Institut für Demoskopie, Allensbach
 1980-1988: Wohlfahrtssurveys
 1980-1990: ALLBUS

Nebeneinem generellen Entwicklungstrend ist das politische Interesse in erheblichem Maße auch vom politischen Tagesgeschehen abhängig. Das dokumentiert der mit 57 Prozent sehr hohe Anteil politisch Interessierter, der im Jahr 1983 im Zusammenhang mit der unmittelbar vorhergehenden Regierungsumbildung zu verzeichnen war.

Der Anteil der Befragten, die mit dem Funktionieren der Demokratie (in unserem Land) zufrieden sind, bewegte sich im Zeitraum von 1976 bis zur jüngsten Gegenwart zwischen 68 und 81 Prozent. Ihren Tiefpunkt erreichte die Kurve der Demokratiezufriedenheit Anfang der achtziger Jahre im Zusammenhang mit dem politi-

schen Prozeß der Regierungsumbildung, mit dessen Ablauf und Form ein Teil der Bevölkerung offensichtlich nicht einverstanden gewesen ist. Die gegenwärtig sehr weit verbreitete Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie ist zu einem erheblichen Maße sicher auf die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten zurückzuführen.

Grundlegende empirische Ergebnisse der politischen Partizipation

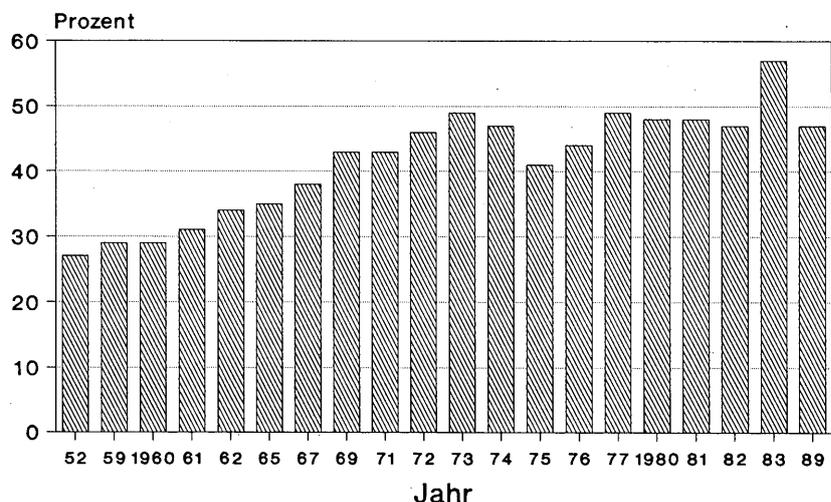
Wie die hohe Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag belegt, erfährt das politische System in der Bundesrepublik Deutschland einen hohen Grad an allgemeiner Unterstützung durch die Bevölkerung. Die Mitgliedschaft in politischen Parteien ist vor allem im internationalen Vergleich, beispielsweise mit Großbritannien und Schweden, relativ gering. Seit der verstärkten politischen Mobilisierung der Bevölkerung in den siebziger Jahren interessiert sich knapp die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung nach eigenem Bekunden für Politik und eine deutliche Mehrheit ist mit dem Funktionieren der Demokratie in unserem Land zufrieden.

*Erich Wiegand
 (Tel.: 0621/18004-15)*

Gegenwärtig sehr weit verbreitete Demokratiezufriedenheit

In den Eurobarometern wird seit dem Jahr 1976 laufend die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie (im eigenen Land) erhoben. Mit einigen Einschränkungen kann man diese Demokratiezufriedenheit als Indikator für das Vertrauen interpretieren, das dem politischen System zu einem bestimmten Zeitpunkt von der Bevölkerung entgegengebracht wird. Zwischen dem politischen Vertrauen bzw. der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie und der politischen Partizipation besteht ein Zusammenhang, der gewöhnlich nicht bestritten wird. Umstritten sind allerdings Richtung und Vorzeichen der Kausalbeziehung. Beeinflußt die politische Partizipation die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie oder umgekehrt die Demokratiezufriedenheit die politische Teilnahme? Führt Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie eher zu verstärkter Partizipation oder politischer Apathie?

**Graphik 4
 Anteil politisch Interessierter**



Datenbasis: Institut für Demoskopie, Allensbach

Deutschland nach der Wiedervereinigung: Zwei Gesellschaften, eine Nation

Zum Stand des gesellschaftlichen Transformationsprozesses

Durch die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten ist das DDR-System gesellschaftlicher Ordnungen und Basisinstitutionen plötzlich und vollständig zusammengebrochen. Die Prozesse der Veränderung sozialer Klassen und Schichten sowie die damit verbundene Umverteilung zentraler Ressourcen wie Bildung, Beruf und Einkommen werden hingegen noch lange anhalten und mit unterschiedlicher Geschwindigkeit und Konfliktintensität verlaufen. Im Trend wird diese Entwicklung zu einer Modernisierung und Wohlfahrtssteigerung führen, auch wenn sie - wie gegenwärtig und für eine längere Übergangszeit - durch erhebliche Segmentierungs- und Ausgrenzungsprozesse beeinträchtigt wird.

Dieser Beitrag soll einige quantitative Informationen zum derzeitigen Stand des gesellschaftlichen Transformationsprozesses in Deutschland geben. Hierzu wird die erwachsene Bevölkerung der ehemaligen DDR und der BRD in einzelne soziale Lagen unterteilt, die durch Erwerbsstatus, Alter (18 bis 60 Jahre, 61 und mehr Jahre) und Berufsgruppen bestimmt sind. Für jede dieser sozialen Lagen wird anschließend die objektive und subjektive Wohlfahrt anhand ausgewählter Indikatoren untersucht - sowohl innerhalb jedes gesellschaftlichen Teilsystems als auch im Vergleich zwischen den Teilsystemen in Ost und West. Als Merkmale objektiver Lebensbedingungen werden das „Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf“ und mehrere Wohnungsausstattungsmerkmale angeführt. Die subjektive Wohlfahrt wird anhand von Indikatoren erfaßt, die von den Befragten selbst angegebene Bewertungen und Einschätzungen beinhalten. Die Datenbasis der folgenden Auswertungen bilden der Wohlfahrtssurvey 1988 und der Wohlfahrtssurvey 1990-Ost.

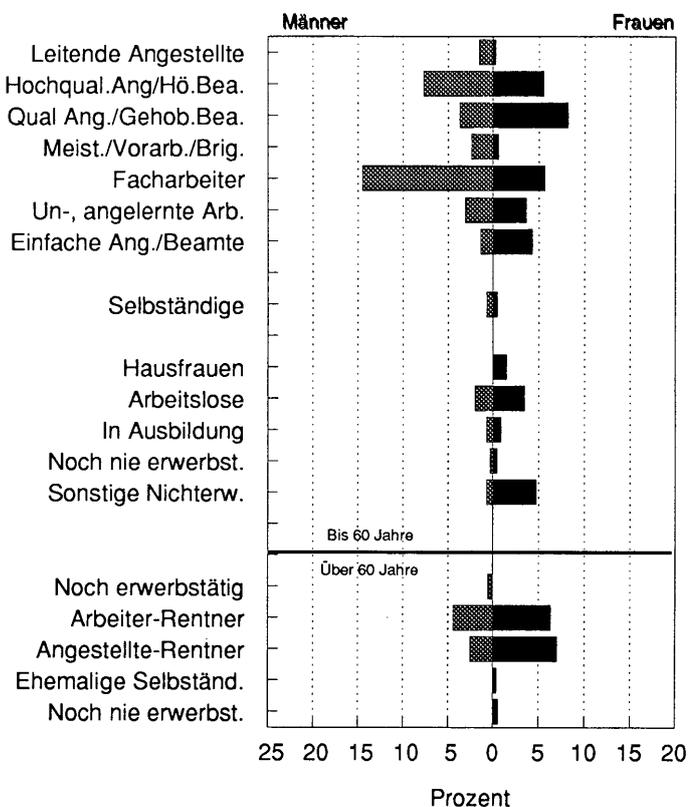
Ungleiche Verteilungen sozialer Lagen in Ost- und Westdeutschland

Durch den Vergleich der Verteilungen sozialer Lagen gewinnt man zunächst ein Bild der unterschiedlichen sozialstrukturellen Gliederung in Ost und West (vgl. Schaubild 1 und Schaubild 2). Die Befragten im Osten hatten insgesamt keine Schwierigkeiten,

sich in die vorgegebenen Kategorien des Erwerbsstatus einzuordnen, vor allem in die unterschiedlichen Qualifikationsstufen von Arbeitern und Angestellten. Die Beamtenkategorien wurden im Osten nicht vorgelegt.

Die DDR war eine Arbeitsgesellschaft mit einer deutlich höheren Erwerbsquote, insbesondere der Frauen. Die Anteile weiblicher Beschäftigter in Ostdeutschland liegen in fast allen Erwerbstätigen Gruppen deutlich über den Anteilen in Westdeutschland. Umgekehrt zählen die großen westdeutschen Soziallagen mit hohem Frauenanteil (Hausfrauen; noch nie hauptberuflich Erwerbstätige) im Osten zu eher marginalen Randgruppen. Die DDR war eine Arbeitergesellschaft, präziser: eine Facharbeitergesellschaft (20 Prozent), mit einem nicht

Schaubild 1: Soziale Lagen in Ostdeutschland - 1990



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1990-Ost

unerheblichen Leitungsüberbau und zugleich einer Unternutzung der Fachqualifikationen. Erkennbar waren bereits im Erhebungszeitraum negative Folgen des sozialstrukturellen Transformationsprozesses in der ehemaligen DDR, beispielsweise in Gestalt des überproportionalen Anteils an (überwiegend weiblichen) Arbeitslosen.

Natürlich stehen hinter den jeweiligen Anteilswerten in Ostdeutschland erheblich geringere Bevölkerungszahlen als im westlichen Teil Deutschlands. Deshalb wird die Sozialstruktur des wiedervereinigten Deutschlands von der Sozialstruktur der „alten“ Bundesrepublik wesentlich stärker geprägt als von der Sozialstruktur der ehemaligen DDR. Verglichen mit der „alten“ Bundesrepublik ist die Sozialstruktur des wiedervereinigten Deutschlands durch eine

insgesamt höhere Erwerbsquote, vor allem bei den Frauen, gekennzeichnet. Als weitere substantielle Merkmale sind der höhere Arbeiteranteil und der Kaderüberhang erkennbar.

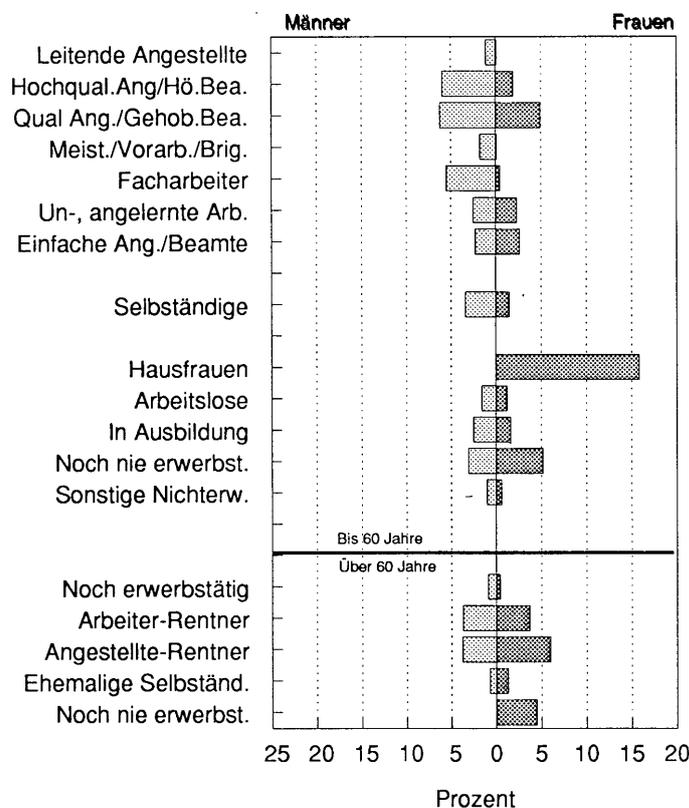
Sicher sind viele dieser Sozialstrukturmerkmale durch den sich beschleunigenden Umstrukturierungsprozeß in Ostdeutschland nicht von dauerhafter Art. Soweit dieser Transformationsprozeß als Anpassung an die westliche Sozialstruktur verläuft, liegen genau hier bereits jetzt wirksame und zukünftige Konfliktquellen: Kurzarbeit; Arbeitslosigkeit, insbesondere von Frauen; Dequalifikation von Kadern und Facharbeitern. Andererseits liegen in diesen Prozessen aber auch die Personalreserven für die Umstellung auf eine moderne Dienstleistungsökonomie.

Wohlstandsgefälle Ost-West: Einkommens- und Wohnverhältnisse

In wichtigen Bereichen objektiver Lebensbedingungen liegen die ehemaligen DDR-Bürger deutlich unter dem westdeutschen Niveau. Dieses Ergebnis gilt ausnahmslos für jede der angeführten Soziallagen (vgl. Tabelle 1). So zeigt das „Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf“ im Ost-West-Vergleich noch erhebliche Unterschiede. Die Bürger der ehemaligen DDR in der Altersgruppe von 18 bis 60 Jahren „erreichen“ jeweils lediglich rund sechzig Prozent des westdeutschen Einkommensniveaus. Für die Nichterwerbstätigengruppen über 60 Jahre liegt dieser Wert sogar nur bei etwa fünfzig Prozent. Diese Werte erhalten durch den Umstand zusätzliches Gewicht, daß - bedingt durch die generell höhere Erwerbsbeteiligung im Osten - der Anteil von „Doppelverdienern“ in den privaten Haushalten wesentlich höher liegt als in Westdeutschland. Obwohl aufgrund der noch unterschiedlichen Mietpreisstrukturen und des Konsumverhaltens die absolute Höhe des Haushaltsnettoeinkommens nur eingeschränkte Aussagen über die „Bedarfsdeckungsmöglichkeiten“ der Privathaushalte zuläßt, kann man damit insgesamt doch das Bild nennenswerter Einkommensunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland quantitativ genauer zeichnen. Der Vergleich der Zufriedenheiten mit dem Haushaltseinkommen in Ost und West zeigt, daß das Einkommensgefälle ein fast äquivalentes Gefälle in der Bewertung nach sich zieht. Mit Ausnahme der kleinen Gruppe der „Auszubildenden“ gibt es keine Soziallage in Ostdeutschland, deren durchschnittliche Zufriedenheit auch nur annähernd das entsprechende Niveau in den alten Bundesländern erreicht.

Wohlfahrtsdefizite in einzelnen Lebensbereichen wären in ihren Folgen dann zu relativieren, wenn die Betroffenen diesen Bereichen keine oder nur eine geringe Bedeutung beimessen würden. Gerade der Einkommensbereich wird jedoch von einer Mehrheit der ehemaligen DDR-Bürger als „sehr wichtig“ für ihr Wohlbefinden eingestuft (56 Prozent). Die Bedeutungszuweisungen liegen in fast allen sozialen Lagen - zum Teil sogar drastisch - über den entsprechenden Vergleichswerten westdeutscher Gruppen. Allerdings zeichnet sich in beiden sozialstrukturellen Gefügen eine starke interne Differenzierung der Wichtigkeitseinstufungen ab. So wird die Bedeutung des Einkommens für das eigene Wohlbefinden

Schaubild 2: Soziale Lagen in Westdeutschland - 1988



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988

Tabelle 1: Wohlfahrtspositionen einzelner sozialer Lagen in Ost- und Westdeutschland

	Anteilswerte		Frauen		Kurz- arbeiter		Wohnung mit WC/Bad/ZH		Einkommen »sehr wichtig«		HH-Einkom- men/Kopf		
	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	
	in Prozent											in DM	
Bis 60 Jahre:													
Leitende Angestellte	1.9	1.1	15	6	0	x***	70	83	36	49	1008	1652	
Hochqual. Ang./Höh. Beamte	13.2	7.8	42	24	7	x	64	87	41	26	923	1510	
Qual. Angestellt./Gehob. Beamte	11.8	11.1	69	44	12	x	65	88	38	33	813	1468	
Vorarb., Meister, Brigad.	3.0	1.9	19	5	13	x	57	85	64	50	750	1147	
Facharbeiter	20.0	6.0	28	7	22	x	45	74	73	38	758	1155	
Un-, angeleitete Arbeiter	6.7	4.9	54	47	14	x	29	72	90	57	721	1113	
Einfache Angest./Beamte	5.7	4.8	76	53	7	x	61	77	66	41	672	1183	
Selbständige	1.2	4.9	40	31	—	x	73	92	63	29	864	1531	
Hausfrauen	1.5	15.8	100	100	—	x	37	84	82	35	541	942	
Arbeitslose	5.4	2.8	62	40	—	x	48	69	69	44	557	953	
In Ausbildung	1.6	4.1	57	38	—	x	68	81	27	35	555	756	
Noch nie erwerbstätig	0.8	8.3	—*	62	—	x	—	82	—	25	—	1053	
Sonstige Nichterwerb.	5.3	1.6	87	32	—	x	33	74	62	51	698	978	
61 Jahre und mehr:													
Noch erwerbstätig	0.6	1.2	—	36	—	x	—	85	—	32	—	1665	
Arbeiter-Rentner	10.7	7.4	59	52	—	x	29	61	41	34	583	1131	
Angestellte-Rentner	9.4	9.8	74	62	—	x	43	74	44	28	698	1490	
Ehemalige Selbständige	0.4	2.0	—	65	—	x	—	85	—	26	—	1293	
Noch nie erwerbstätig	0.6	4.5	—	100	—	x	—	77	—	26	—	1186	
Insgesamt:	100	100	54	54	13	x	49	79	56	34	733	1218	

	Zufriedenheit mit:				Zufriedenheit mit dem Leben:						»Nicht zurechtfinden finden in komplizierten Verhältnissen«		»Oft Sorgen und Ängste«	
	Wohnung		Einkommen		Heute »alles in allem«		Heute schlechter als vor 5 Jahren		Heute besser als vor 5 Jahren		Ost	West	Ost	West
	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West
	Durchschnitt **											in Prozent		
Bis 60 Jahre:														
Leitende Angestellte	6.7	8.2	6.5	7.9	7.5	8.1	33	22	53	50	20	18	8	0
Hochqual. Ang./Höh. Beamte	6.3	8.3	5.4	7.6	6.6	8.1	35	14	50	42	32	7	17	11
Qual. Angestellt./Gehob. Beamte	6.6	7.9	5.5	7.4	6.8	8.0	33	7	43	49	29	6	25	12
Vorarb., Meister, Brigad.	6.3	8.2	4.9	7.2	6.6	8.3	16	11	61	45	24	0	21	5
Facharbeiter	6.5	8.0	4.5	6.8	6.7	7.8	24	11	43	47	40	9	15	14
Un-, angeleitete Arbeiter	6.2	7.4	5.0	6.8	7.0	8.0	37	16	44	51	45	11	33	29
Einfache Angest./Beamte	6.5	7.8	4.6	6.7	6.2	7.8	25	12	46	43	41	10	31	19
Selbständige	6.3	8.4	4.6	7.3	7.3	8.2	9	11	70	30	44	5	9	15
Hausfrauen	5.4	8.3	3.8	7.3	8.2	8.2	9	11	37	34	46	7	49	20
Arbeitslose	6.3	7.0	3.4	5.3	5.1	6.7	62	43	20	29	37	14	44	36
In Ausbildung	6.3	7.6	6.8	6.1	7.4	7.7	33	26	27	52	40	8	0	12
Noch nie erwerbstätig	—	8.1	—	6.8	—*	7.6	—	22	—	43	—	8	—	20
Sonstige Nichterwerb.	7.0	8.3	4.3	5.4	5.8	6.9	46	46	41	14	48	15	38	41
61 Jahre und mehr:														
Noch erwerbstätig	—	8.5	—	7.8	—	8.4	—	17	—	19	—	14	—	11
Arbeiter-Rentner	7.1	8.7	4.6	6.8	6.8	7.7	36	30	29	15	49	30	39	39
Angestellte-Rentner	7.3	8.5	4.7	7.4	6.3	8.1	42	21	30	20	46	14	39	20
Ehemalige Selbständige	—	8.8	—	7.3	—	7.9	—	19	—	18	—	14	—	21
Noch nie erwerbstätig	—	9.3	—	7.0	—	7.9	—	30	—	15	—	25	—	26
Insgesamt:	6.6	8.2	4.8	7.1	6.6	7.9	33	18	41	35	40	11	27	19

* Hochgerechnete Fallzahl unter 100000.

** Mittelwerte einer Skala von 0 (»ganz und gar unzufrieden«) bis 10 (»ganz und gar zufrieden«).

*** Variable wurde nicht erhoben.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1990-Ost; Wohlfahrtssurvey 1988.

in Ost und West jeweils von der Gruppe der un- und angeleiteten Arbeiter besonders hervorgehoben (90 Prozent bzw. 57 Prozent). Einen vergleichsweise niedrigeren Stellenwert hat das Einkommen in Ost-

deutschland für Leitende Angestellte (36 Prozent) und für Personen, die sich noch „in Ausbildung“ befinden (27 Prozent). Im westlichen Teil Deutschlands ist der Einkommensaspekt für ein wesentlich breitere

Spektrum sozialer Lagen von geringerer Bedeutung.

Wohlfahrtsdefizite der ehemaligen DDR-Bürger sind auch im Wohnungsbereich er-

kennbar. Als Indikator für die objektiven Wohnbedingungen dient dabei die Wohnungsausstattung mit Bad, WC und Zentralheizung. Die Zufriedenheit mit der Wohnung bildet die subjektive Bewertungsdimension ab. Die Wohnverhältnisse in Westdeutschland haben sich in den letzten Jahrzehnten hinsichtlich Belegungsdichte und Wohnungsausstattung zwar ständig verbessert, aber es gibt immer noch Versorgungsprobleme, die sich in jüngster Zeit sogar wieder verstärkt haben. Dennoch lebt die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung in guten Wohnbedingungen. Lediglich Arbeitslose (69 Prozent) und Rentner aus Arbeiterberufen (61 Prozent) leben zu weniger als siebzig Prozent in Wohnungen, die alle drei genannten Ausstattungsmerkmale aufweisen. Entsprechend günstig ist auch die Bewertung der eigenen Wohnverhältnisse: Kaum eine Soziallage in der „alten“ Bundesrepublik weist im Durchschnitt Zufriedenheitswerte auf, die auf einer elfstufigen Skala von 0 („ganz und gar unzufrieden“) bis 10 („ganz und gar zufrieden“) deutlich unter den Wert 8 fallen (un-, angeleitete Arbeiter 7.4; Arbeitslose 7.0).

Die Wohnungen in der ehemaligen DDR sind hingegen mehrheitlich mit Ausstattungsmängeln versehen. So lebt von den insgesamt mehr als 2,2 Millionen un- und angeleiteten Arbeitern sowie Rentnern aus Arbeiterberufen nicht einmal jeder Dritte in einer Wohnung, die über Bad, WC und Zentralheizung verfügt. Die Wohnungsausstattung von Leitenden Angestellten im Osten Deutschlands ist allenfalls mit Verhältnissen vergleichbar, die im Westen für bestimmte schlechtsituierte Sozialgruppen (Arbeitslose, unqualifizierte Arbeiter) kennzeichnend sind. Das vergleichsweise hohe Ausmaß an Unzufriedenheit mit den Wohnbedingungen in Ostdeutschland kann insofern kaum erstaunen.

Subjektive Wohlfahrtsdefizite fast aller Soziallagen in Ostdeutschland

Die Zufriedenheitsbewertungen der Angehörigen einzelner Soziallagen in Ostdeutschland liegen in fast allen Lebensbereichen deutlich unter dem westlichen Niveau. Dies findet seinen Niederschlag auch in der Höhe des Niveaus der allgemeinen Lebenszufriedenheit, einem global bilanzierenden Maß des individuellen Wohlbefindens. Der niedrigste Wert in West-

deutschland wird dabei von Arbeitslosen mit 6.7 erreicht - ein Wert, der nur von wenigen Sozialgruppen der ehemaligen DDR nennenswert überschritten wird. Lediglich Leitende Angestellte (7.5), Selbständige (7.3), Hausfrauen (8.2) und Personen, die sich noch „in Ausbildung“ befinden (7.4), zählen zu diesen Gruppen.

Durch den Vergleich der Lebenszufriedenheit „heute“ und „vor fünf Jahren“ lassen sich Hinweise auf sogenannte „Verlierer“ und „Gewinner“ des Umbruchs in der ehemaligen DDR finden. Bei den heute Unzufriedeneren sind - gemessen am Gesamtanteil - vor allem Arbeitslose (62 Prozent), aber auch andere Nichterwerbstätigen Gruppen überrepräsentiert. Zu den „Gewinnern“, das heißt zu den heute Zufriedeneren, zählen erwartungsgemäß vor allem die (noch) kleine Gruppe der Selbständigen (70 Prozent) und qualifizierte Arbeiterberufe wie Meister und Brigadiere (61 Prozent).

Der Gesamteindruck eines insgesamt niedrigeren Wohlfahrtsniveaus im Osten Deutschlands wird durch andere Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens bestätigt. Die Wahrnehmung, sich in den „komplizierter werdenden Verhältnissen nicht mehr zurechtzufinden“ und „oft von Sorgen und Ängsten“ betroffen zu sein, wird zwar mehrheitlich auch in Ostdeutschland innerhalb keiner Soziallage geäußert, dennoch zeigt sich - verglichen mit den entsprechenden westdeutschen Gruppen - ein bemerkenswertes Ausmaß an subjektiv belastenden Problemlagen.

Der schnelle und vollständige Zusammenbruch wichtiger Ordnungsmuster in der ehemaligen DDR und die plötzliche Konfrontation mit weitgehend unbekanntem Ordnungsprinzipien läßt für weite Teile der Bevölkerung in Ostdeutschland (insgesamt 40 Prozent) die Notwendigkeit, sich in den neuen Verhältnissen zurechtzufinden, zu einem Problem werden. Dabei scheint den Befragten mit höherqualifizierten Arbeiter- und Angestelltenberufen dieser Umorientierungsprozeß leichter zu fallen als anderen Soziallagen. Mit dem Gefühl, oft von „Sorgen und Ängsten“ überkommen zu werden, sind weniger als zwanzig Prozent aller Westdeutschen belastet. Dies ist für 27 Prozent der neuen Bundesbürger der Fall. Un- und angeleitete Arbeiter, Facharbeiter, Arbeitslose und Rentner aus Arbeiterberufen in Ost und West äußern sich hier jeweils in einem vergleichbaren Ausmaß als davon

betroffen. Nur Selbständige (15 Prozent) - hier vor allem Landwirte - sowie einige Nichterwerbstätigen Gruppen klagen in Westdeutschland häufiger über „Ängste und Sorgen“ als im Osten Deutschlands.

Ausblick: Ein langer Weg zur „Wohlstands-Einheit“

Droht also eine Polarisierung der deutschen Gesellschaft? Gegenwärtig (im Mai 1991) scheinen sich die Enttäuschungen und Konflikte zuzuspitzen und ausreichende individuelle und organisatorische Formen der Konfliktbewältigung nicht zur Verfügung zu stehen. Hier kann die Soziologie zwar keine tagespolitischen Lösungen anbieten, aber aufgrund ihrer historischen und komparativen Erfahrungen mit gesellschaftlichen Transformationsprozessen kann sie belegen, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten in der ehemaligen DDR nicht unerwartet, extraordinär und exorbitant sind. So dauerte die erste Wiederaufbauphase Westdeutschlands nach den „Hungerjahren“ 1945 bis 1947 mindestens zehn Jahre. Ein hoffnungsvolles Szenario ist, daß trotz allgemeiner Lähmung und Frustration die Rate erfolgreicher Umstellungen und Innovationen so groß ist, daß Bewegung auch in die Mehrheit der anscheinend erstarrten Zuschauer kommt, daß sich also - mit anderen Worten - ein Diffusionsprozeß in Gang setzt. Eine Sozialstruktur kann sich per definitionem nur relativ langsam wandeln. Aber sie ändert sich auch in nichtrevolutionären Zeiten permanent durch das Heranwachsen immer neuer Kohorten und die Diffusion von Innovationen.

*Detlef Landua/Wolfgang Zapf
Wissenschaftszentrum Berlin
(Tel.: 030/25491-504)*

Abnehmende Ungleichheit bei zunehmender Zentralisierung

Trends sozialen Wandels in den USA

Mit dem Ende der Nachkriegszeit setzten in den sechziger Jahren zahlreiche Entwicklungen ein, die die amerikanische wie auch andere westliche Gesellschaften in der Folgezeit nachhaltig veränderten und „modernisierten“. Für die Vereinigten Staaten von Amerika waren die drei Jahrzehnte zwischen 1960 und 1990 eine Ära der „mixed blessings“: „Wir landeten auf dem Mond, aber wir verloren unsere industrielle Vormachtstellung. Während sich Minoritäten emanzipierten haben wir gleichzeitig die deprivierteste Unterschicht der westlichen Welt geschaffen. Wir wurden in Vietnam schwer geschlagen, aber wir haben den kalten Krieg gewonnen. Wir haben den Wohlfahrtsstaat ausgebaut, aber die Probleme der Armut, der unzureichenden Gesundheitsversorgung, der Kriminalität und der ungenügenden Bildung haben sich eher noch verschlimmert. Wir haben politische Reformen durchgeführt, aber die Serie der politischen Skandale dauert an. Wir erlebten den längsten ökonomischen Boom der Geschichte und türmten einen Berg von Schulden auf“ (Caplow 1991: ix).

Dies ist die ambivalente Bilanz, die Theodore Caplow in seinem gerade erschie-

nen Buch „American Social Trends“ zieht. Anhand von insgesamt 90 Trends wird der soziale Wandel der Vereinigten Staaten in allen wichtigen Bereichen der Gesellschaft über den Zeitraum der vergangenen drei Jahrzehnte nachgezeichnet und analysiert. Das Buch stellt eine Synthese der umfangreichen empirischen Forschungen dar, die Caplow zusammen mit anderen in den vergangenen Jahren zum Wandel der amerikanischen Gesellschaft durchgeführt hat. Das in der Mitte der siebziger Jahre begonnene „Middletown III - Projekt“ replizierte die berühmten Studien von Robert und Helen Lynd aus den zwanziger und dreißiger Jahren und förderte bemerkenswerte Ergebnisse über den Wandel, aber auch die Kontinuität zentraler gesellschaftlicher Institutionen der amerikanischen Gesellschaft über den Zeitraum eines halben Jahrhunderts zutage. In der Mitte der achtziger Jahre war Caplow einer der Initiatoren des internationalen Projekts „Comparative Charting of Social Change in Advanced Industrial Societies“, an dem neben amerikanischen Sozialwissenschaftlern Forschungsteams aus Frankreich, Kanada und Deutschland sowie neuerdings auch aus Griechenland und Spanien beteiligt sind. Die Untersu-

chungen im Rahmen dieses Projekts waren zunächst darauf ausgerichtet, auf der Basis eines einheitlichen und gemeinsam erarbeiteten Beobachtungsrasters nationale Trendreports zu erstellen, die einen Vergleich der Entwicklung in den verschiedenen Ländern erlauben.

Fast gleichzeitig mit Caplows Buch „American Social Trends“ ist der amerikanische Report soeben unter dem Titel „Recent Social Trends in the United States 1960 - 1990“ als erster Band in der Buchreihe des internationalen Projekts erschienen. Der französische, kanadische und westdeutsche Report werden in Kürze folgen. Der Titel erinnert bewußt an die Studien William Ogburns aus den zwanziger und dreißiger Jahren, die eine Pionierleistung auf dem Gebiet der quantitativen Trendbeobachtung darstellten. Der Band „Recent Social Trends in the United States“ umfaßt insgesamt 78 einzelne Trenddimensionen, gegliedert in 17 Bereiche, wie z.B. Arbeit, soziale Schichtung, Staat und wohlfahrtsaatliche Institutionen, Lebensstile, Freizeit, Bildung, Integration und Marginalisierung, Einstellungen und Werte. Zu jedem einzelnen der 78 Trends enthält der Report ein zusammenfassendes Abstract, einen erläuternden und interpretierenden Text, eine Zusammenstellung von statistischen Zeitreihen in Form von Tabellen oder Graphiken sowie eine Bibliographie. Es liegt damit ein bisher einzigartiges Datenhandbuch über die USA vor, das eine theorie- und problemorientierte Auswahl der derzeit besten verfügbaren Zeitreihendaten aus der amtlichen Statistik, aber auch der kommerziellen und sozialwissenschaftlichen Umfrageforschung präsentiert. Der Band kann durchaus als ein „Social Report“ gelesen werden, der die Verbesserungen und Verschlechterungen der Lebensverhältnisse dokumentiert, versteht sich aber mehr noch als empirische Grundlage für die Konstruktion eines elaborierteren Modells des sozialen Wandels, „that does not require social change to resemble scientific progress, that takes the future to be open rather than ordained, and that acknowledges the mixture of objective and subjective elements in social reality“ (Caplow u.a. 1991: xi).

In seinem Buch „American Social Trends“ nutzt Caplow diese Datenbasis für eine eingehende Analyse der Trends, die die amerikanische Gesellschaft verändert haben und fügt die Vielzahl der einzelnen empirischen Befunde zu einem kohärenten Bild zusammen. Zu dieser sich auf detail-

Lebensverhältnisse in Deutschland: Ungleichheit und Angleichung

Jahrestagung der Sektion Sozialindikatoren 1991

Berlin, 2. bis 3. Dezember 1991

Die Unterschiedlichkeit der Lebensverhältnisse in den alten und neuen Bundesländern ist ein Problem, das die Gesellschaftspolitik vor eine besondere Herausforderung stellt und in den kommenden Jahren vorrangig beschäftigen wird. Die Sozialindikatorenforschung betrachtet es als ihre Aufgabe, eine repräsentative und differenzierte Bestandsaufnahme der Lebensverhältnisse vorzunehmen und ihre Entwicklungstendenzen zu beobachten. Seit der „friedlichen Revolution“ sind mehrere anspruchsvolle Datenerhebungen durchgeführt worden, die mit unterschiedlichen Schwerpunkten die Lebensverhältnisse in der ehemaligen DDR untersucht haben. Auf der Veranstaltung wird angestrebt, diese Ansätze zusammenzubringen und ihre Ergebnisse untereinander und mit Befunden für das alte Bundesgebiet zu vergleichen. Inhaltlich werden dabei Art und Umfang der Ungleichheit der Lebensverhältnisse sowie der Verlauf der Angleichungsprozesse im Vordergrund stehen. Die Tagung wird in Zusammenarbeit mit der AG Sozialberichterstattung des WZB durchgeführt.

Interessenten wenden sich an:

Prof. Dr. Wolfgang Glatzer, Im Rothkopf 8, 6370 Oberursel oder:
Dr. Heinz-Herbert Noll, ZUMA, Postfach 122155, 6800 Mannheim 1

liertes Zeitreihenmaterial stützenden Analyse gehört es auch, mit populären Trendbehauptungen aufzuräumen, die sich bei näherer Betrachtung als imaginär erweisen, z.B. der Behauptung einer kontinuierlichen Säkularisierung der amerikanischen Gesellschaft und dem Mythos einer allgegenwärtigen und endlos wachsenden Mobilität. Tatsächlich zeigen dazu vorliegende Daten, daß der Anteil der Kirchenbesucher und Gläubigen am Ende der achtziger Jahre genauso groß war wie vor vierzig Jahren. Auch der Anteil der Personen, die im Laufe eines Jahres ihren Wohnsitz wechseln, hat sich seit Beginn der fünfziger Jahre kaum verändert und - wie zahlreiche Untersuchungen ergeben haben - zeigt die Entwicklung der intergenerationalen Mobilität keinen klaren Trend, wenn man sie um die Effekte des Strukturwandels bereinigt.

Langfristig geprägt wurde der soziale Wandel vor allem durch Entwicklungen, die eng mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt zusammenhängen und von Caplow als „big trends of modernization“ zusammengefaßt werden: dem kontinuierlichen Bevölkerungszuwachs, dem immensen Wachstum der Produktion von Gütern und Diensten, des Energieverbrauchs und der Information, der Urbanisierung, aber auch dem sukzessiven Verschwinden lokaler Kulturen und der Zerstörung ökologischer Gleichgewichte.

Nachdem der Modernisierungsprozeß über einen langen Zeitraum mit einer umfassenden und nachhaltigen Verbesserung der Lebensbedingungen einherging, hat sich inzwischen nicht nur das Kosten-Nutzen-Verhältnis einer Fortsetzung dieser Entwicklung deutlich verschlechtert, sondern die USA haben im Modernisierungswettbewerb der fortgeschrittenen Industriegesellschaften mit Beginn der achtziger Jahre offenbar auch ihre Vormachtstellung verloren, die sie bis dahin in diesem Jahrhundert innehatten. Manifestationen einer international verringerten Wettbewerbsfähigkeit sieht Caplow nicht nur in der veralteten und sich zunehmend verschlechternden Infrastruktur, dem Handelsbilanzdefizit und einer exorbitanten Staatsverschuldung, sondern auch in Wohlfahrtseinbußen auf der individuellen Ebene: „By 1989, real wages in most of the leading industrial countries were higher than in the United States; international comparisons of student achievements in various fields consistently put American high school students close to the bottom of the list; most of the

Sozialdaten und Sozialberichterstattung in und für Europa

Workshop der Abteilung Soziale Indikatoren und des Mannheimer Zentrums für Sozialwissenschaften

28.-29. November 1991

Mit der bevorstehenden Einführung des Europäischen Binnenmarktes und der weiter fortschreitenden Integration Europas wächst auch der Bedarf an komparativen sozialstatistischen Informationen über die beteiligten Länder. Unterschiede und Ähnlichkeiten der Wirtschafts- und Sozialstruktur sowie der sozialen Verhältnisse und Lebensbedingungen werden noch stärker in das Blickfeld geraten als dies schon heute der Fall ist. Der Workshop gibt einen Überblick über dazu vorhandene, auch für Sozialwissenschaftler relevante Informationsprogramme und Beobachtungssysteme und beschäftigt sich mit den Perspektiven der weiteren Ent-

wicklung der Sozialberichterstattung in Europa. Als Referenten stehen Experten der nationalen Statistik, internationaler Organisationen und der Sozialforschung zur Verfügung.

Interessenten werden gebeten, sich bis zum 15.10.1991 bei ZUMA, Tagungssekretariat anzumelden. Die Teilnahmegebühr beträgt DM 60. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Der Workshop wird von ZUMA und dem Mannheimer Zentrum für Sozialwissenschaften (MZS) gemeinsam veranstaltet. Organisiert und betreut wird der Workshop von Peter Flora (MZS) und Heinz-Herbert Noll (ZUMA).

leading industrial countries had higher life expectancy, lower infant mortality, much less poverty, much less crime, and much less political corruption than the United States, and all of these gaps have been widening“ (Caplow 1991: 40).

Betrachtet man die Entwicklungstrends innerhalb der verschiedenen Lebensbereiche und Institutionen im einzelnen, so finden sich viele Parallelen zu der Bundesrepublik und anderen fortgeschrittenen westlichen Gesellschaften, aber auch eine Reihe von amerikanischen Besonderheiten. Die Tendenzen und Erscheinungsformen des familialen Wandels sind den hiesigen in mancher Hinsicht ähnlich: drastisch gesunkene Geburtenraten, ein kontinuierlicher Anstieg des Heiratsalters, die Zunahme von außer-ehelichen Geburten und Ein-Eltern-Familien, aber auch von doppelverdienenden Ehepaaren. Die Scheidungsrate dagegen ist - anders als vielfach vermutet - in den USA seit der Mitte der siebziger Jahre nicht weiter gestiegen. Auflösungserscheinungen traditioneller Familienstrukturen zeigen sich vor allem in der schwarzen Bevölkerung, wo die Mehrzahl aller Kinder in Ein-Eltern-Familien - d.h. in der Regel ohne Väter oder Stiefväter - aufwächst.

Die Bildungsexpansion, die in der Bundesrepublik erst Mitte der sechziger Jahre einsetzte, war in den USA schon Ende der

sechziger Jahre weitgehend beendet. Fortschritte in der Bildungsentwicklung waren danach kaum noch zu beobachten. Lediglich für die schwarze Bevölkerung hielt der Trend noch bis zum Beginn der achtziger Jahre an und führte zu einer deutlichen Verringerung des Bildungsabstandes zu den Weißen. Zunehmende Sorgen bereitete der Verlust an Wettbewerbsfähigkeit des amerikanischen Bildungssystems im internationalen Vergleich, wobei die diesbezügliche Kritik allerdings manchmal überzogen scheint.

Auch in den Vereinigten Staaten zählt die starke Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit zu den signifikantesten Wandlungsprozessen überhaupt. Anders als beispielsweise in der Bundesrepublik ist dort allerdings der Anteil der Teilzeitbeschäftigten in den letzten zwanzig Jahren nicht gestiegen. Die Reallöhne stagnieren bereits weitgehend seit den frühen siebziger Jahren, und Zuwächse der Haushaltseinkommen wurden fast ausschließlich durch die vermehrte Erwerbstätigkeit der Frauen erzielt. Die Tatsache, daß zudem auch die Wochenarbeitszeit in den USA im Gegensatz zu den meisten europäischen Industrienationen seit 1960 praktisch nicht gesunken ist, deutet darauf hin, daß das amerikanische „Beschäftigungswunder“ wenigstens teilweise mit einer Stagnation des Lebensstandards erkauft wurde.

Obwohl sich die Verteilung der Einkommen an globalen Kennziffern gemessen seit Beginn der fünfziger Jahre praktisch nicht verändert hat, ist die Armutsquote, die während der sechziger und siebziger Jahre gesunken war, in der ersten Hälfte der achtziger Jahre - ähnlich wie in der Bundesrepublik - wieder deutlich angestiegen. Unter die Armutsgrenze - wie sie von der National Social Security Administration definiert wird - fielen 1987 13 % der Gesamtbevölkerung, aber 33 % der Schwarzen und 28 % der „Hispanics“. Während die Alten aufgrund der verbesserten Altersversorgung heute seltener in Armut leben als früher, unterliegen Kinder und deren unverheiratete Mütter einem besonders hohen und zunehmenden Armutsrisiko.

Im Bereich der Freizeit ist anders als bei den Einkommen ein klarer Trend zur Verringerung der Ungleichheit festzustellen. Mit der explosionsartigen Ausweitung fast aller Freizeitaktivitäten während der sechziger und siebziger Jahre haben sich die ehemals ausgeprägten alters-, geschlechts- und schichtspezifischen Unterschiede im Freizeitverhalten deutlich verringert. Die „Großgruppenzugehörigkeit“ hat ganz offensichtlich auch in den USA viel von ihrer früheren Bedeutung verloren. Bedingt gilt dies anscheinend auch für die Rassen- und ethnische Zugehörigkeit, die in den USA immer eine besondere Rolle gespielt hat. Mit der Abschaffung der legalen Basis der Diskriminierung, die sich bis in die siebziger Jahre hinzog, haben sich auch die ehemals drastischen Bildungs-, Einkommens- und Gesundheitsunterschiede zwischen Weißen und Schwarzen sukzessive verringert. Die Monopolstellung der politischen Machtelite der WASPs (White-Anglo-Saxon-Protestants) hat sich im Laufe der Zeit deutlich abgeschwächt, und Fortschritte zeigen sich zudem auch in den Einstellungen: Während 1948 noch 63 % aller Weißen einen schwarzen Nachbarn ablehnten, waren es 1987 nur noch 13 %. Die verbliebenen Unterschiede in den Lebensverhältnissen sind dennoch beträchtlich, und die Rassensegregation ist keineswegs überwunden. Gewachsen ist vor allem auch die Ungleichheit innerhalb der schwarzen Bevölkerung. Neben einer expandierenden schwarzen Mittelschicht, die unter vergleichbaren Bedingungen lebt wie die weißen Durchschnittsamerikaner, gibt es immer noch die schwarze Unterschicht der „poor, badly educated, unmarried, and largely unemployed residents of black ghettos, who live in a squalid, disorderly, and

dangerous world“ (Caplow 1991: 189). Die nach wie vor bestehenden Rassenschranken manifestieren sich nicht zuletzt auch in der Tatsache, daß bei einem Bevölkerungsanteil der Schwarzen von 12 % auch heute noch lediglich eine von 300 Eheschließungen zwischen Männern und Frauen verschiedener Hautfarben stattfindet.

Obwohl die Situation der rund 19 Millionen „Hispanics“ - der in den USA lebenden Einwanderer aus spanisch sprechenden Herkunftsländern - sich in vielerlei Hinsicht von der der schwarzen US-Amerikaner unterscheidet, ist ihre soziale Lage durchaus vergleichbar: Bei einem durchschnittlichen Einkommen von 30800 Dollar (Median) der weißen Haushalte verfügten die hispanischen Familien mit 19900 Dollar nur über wenig mehr als die schwarzen mit 17600 Dollar im Durchschnitt. Nur unter vergleichsweise geringen Benachteiligungen leiden dagegen offenbar die Einwanderer asiatischer Herkunft, deren Zahl als jüngste Einwanderergruppe 1960 erst eine halbe Million betrug, aber inzwischen auf rund sechs Millionen geschätzt wird.

Trotz aller nach wie vor vorhandenen Ungleichheiten zwischen ethnischen Gruppen, Rassen, Geschlechtern und Schichten sieht Caplow in deren Verringerung doch einen durchgängigen und charakteristischen Trend des sozialen Wandels in den USA. Begleitet - wenn nicht sogar gefördert - wurde dieser Trend durch eine Entwicklung, die Caplow eher kritisch betrachtet: die Veränderung des amerikanischen Regierungssystems durch die zunehmende Expansion des Aufgaben- und Einflußbereichs der Zentralregierung und Bundesbehörden. „The enlargement of federal functions ... turned the U.S. government, which had been the least centralized of the industrial democracies, into one of the most centralized“ (Caplow 1991: 221). Vor allem mit der zunehmenden Übernahme wohlfahrtsstaatlicher Funktionen habe die Problemlösungskapazität der politischen Administration abgenommen und die kontraproduktiven Effekte politischer Programme und Maßnahmen hätten drastisch zugenommen, was sich an der Superinflation der Bildungs- und Gesundheitskosten, der Institutionalisierung der Armut und dem Versagen der Drogenbekämpfung exemplarisch zeige.

Die Geschichte des sozialen Wandels in den USA über den Zeitraum der vergangenen drei Jahrzehnte mag in einzelnen

Aspekten vielleicht auch anders gesehen werden können, als Caplow sie in seinem Buch „American Social Trends“ erzählt. Was seine Version anderen voraus hat, ist die differenzierte Datenbasis, die dem Leser mit dem nahezu gleichzeitig publizierten Band „Recent Social Trends in the United States 1960-1990“ zur Verfügung gestellt wird und ihm ermöglicht, die beschriebenen Entwicklungen nachzuvollziehen, zu überprüfen und selbst - wenn nötig auch anders - zu bewerten.

Theodore Caplow: American Social Trends. San Diego et. al. (Harcourt Brace Jovanovich, Publishers) 1991. 241 Seiten. ISBN 0-15-502588-0. 9.- US\$.

Theodore Caplow, Howard M. Bahr, John Modell, Bruce A. Chadwick: Recent Social Trends in the United States 1960-1990. Frankfurt a.M. (Campus Verlag); Montreal et. al. (McGill-Queen's University Press) 1991. 590 Seiten. ISBN 3-593-34403-3 (Campus); 0-7735-0872-4 (McGill). 78,- DM.

Heinz-Herbert Noll
(Tel.: 0621/18004-14)

Impressum

Herausgeber:

Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) e.V.
Abteilung Soziale Indikatoren
Postfach 12 21 55
D-6800 Mannheim
Telefon: (06 21) 1 80 04 - 0
Telefax: (06 21) 1 80 04 - 49

Verantwortlich für den Inhalt:

Dr. Heinz-Herbert Noll

Redaktion:

Erich Wiegand

Satz und Druck:

Verlag Pfälzische Post GmbH
Maximilianstraße 31
6730 Neustadt / Weinstraße

Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten

ISSN 0935-218X